

Ratsvorsitzende Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf und führt aus, dass der vorhandene Beschlussvorschlag mit folgendem Wortlaut erweitert worden ist:

„Die Samtgemeinde Bersenbrück erklärt sich bereit, die Sachkosten für die Schülerinnen und Schüler des Gymnasialzweiges analog der Regelungen für Haupt- und Realschüler (abzüglich der Sachkosten des Landkreises nach § 118 NSchG) zu tragen.“

Die Gruppe CDU/FDP hat einen Antrag eingereicht, dass die Beschlussfassung über diesen TOP um ein Jahr verschoben werden sollte.

Gruppenvorsitzender Uphoff erläutert, dass die Schülervertretungen der von-Ravensberg-Schule und des Gymnasiums Bersenbrück eine Unterschriftenliste von ca. 1.600 Schülern vorgelegt haben, wonach die Samtgemeinde Bersenbrück als Schulträger einen solchen gymnasialen Zweig bei der August-Benninghaus-Schule zum jetzigen Zeitpunkt nicht zulassen sollte.

Ratsherr Uphoff findet das Engagement von ca. 1.600 Schülern beachtlich, weil es zeige, mit welchem Einsatz die Schüler/Schülerinnen für ihre jeweiligen Schulen kämpfen.

Die Gruppe CDU/FDP habe den eindeutigen Wunsch, der Eltern und der Schüler/innen der August-Benninghaus-Schule auf Einrichtung eines gymnasialen Zweiges als Auftrag verstanden, und wird sich der Sache annehmen. Seitens der Gruppe CDU/FDP sind verschiedene Gespräche mit dem Gymnasium Bersenbrück, der von-Ravensberg-Schule Bersenbrück sowie der August-Benninghaus-Schule Ankum geführt worden. Hier würden unterschiedliche Konzepte verfolgt. Für die Zusammenarbeit müssten Kooperationsvereinbarungen getroffen werden, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorliegen. Aus diesem Grund bittet die Gruppe CDU/FDP um Verschiebung dieses Tagesordnungspunktes um ein Jahr, damit diese Angelegenheit vorab einvernehmlich geklärt werden kann.

Fraktionsvorsitzender Raming führt aus, dass seines Erachtens keine Zeit verschenkt werden dürfe und die Einrichtung eines solchen gymnasialen Zweiges umgehend beim Landkreis Osnabrück beantragt werden sollte. Es dürfe nicht vorkommen, dass Schüler/innen aus der Samtgemeinde Bersenbrück in die umliegenden Orte nach Fürstenau bzw. Bramsche abwandern. Dadurch werden die vorhandenen Schulformen in der Samtgemeinde Bersenbrück geschwächt.

Aus diesem Grunde vertritt die Fraktion UWG Ankum die Meinung, dass die Einrichtung eines gymnasialen Zweiges notwendig ist und auch folgerichtig kurzfristig beantragt werden sollte, damit

dieser Zweig zum Sommer 2019 eingerichtet werden kann. Sollten sich Änderungen ergeben, besteht seiner Ansicht nach jederzeit die Möglichkeit, diesen Antrag beim Schulträger zurück zu ziehen.

Fraktionsvorsitzender Revermann führt aus, dass diese Problematik ausführlich in den Gremien behandelt worden ist. Es habe mehrere Informationsveranstaltungen in Mitgliedsgemeinden gegeben. Die Samtgemeindeverwaltung habe sich mit den Schulen sowie den Schülervertretungen bzw. den Gremien der Schulen in Verbindung gesetzt. Bislang werden 83 Schüler/innen aus der Samtgemeinde Bersenbrück in Orten wie Bramsche und Fürstenau beschult. Die Abwanderung dieser Schüler/innen soll u.a. durch die Schaffung eines gymnasialen Zweiges in Ankum unterbunden werden. Aufgabe der Politik soll es sein, die vorhandenen aufgetretenen Problembereiche zwischen den Schulen zu lösen. Auch ein Gespräch mit der Landesschulbehörde wäre seiner Ansicht nach sehr hilfreich. Er begrüßt das Vorgehen und stellt klar, dass die Fraktion UWG SG Bersenbrück hinter dem Antrag steht, einen gymnasialen Zweig in Ankum einzurichten.

Ratsfrau Middelschulte führt zu diesem TOP ebenfalls aus, dass der vorhandene Fahrplan für die jetzige Entscheidung bereits länger feststeht. Die Schulen haben seit 10 Jahren die Möglichkeit, eigenständig zu agieren und entsprechende Entwicklungen zu steuern. Die Gesprächsbereitschaft der Schülervertretung des Gymnasiums wurde von Frau Middelschulte ausdrücklich gelobt. Insgesamt müssten sich alle Schulen bewegen, um für alle Seiten vernünftige Ergebnisse zu erzielen. Man darf die Schaffung des gymnasialen Zweiges nicht als Konkurrenz ansehen, sondern als ein zusätzliches Angebot, um die Schüler/innen in der Samtgemeinde Bersenbrück zu beschulen und auf diesem Wege diese Schüler/innen dann dem Gymnasium Bersenbrück in der Oberstufe zuführen zu können.

Ratsfrau Middelschulte unterstützt somit den Antrag in der vorliegenden Form.

Samtgemeindebürgermeister Dr. Baier führt aus, dass die Samtgemeinde Bersenbrück im Vorfeld der heutigen Entscheidung ausführliche Informationen an alle Schulen und an alle Institutionen gegeben hat. Sie hat gleichfalls mit allen Schulen und Schulleitern Gespräche geführt, wobei die Gesprächsbereitschaft zum Teil nicht auf allen Ebenen gegeben war. Die Samtgemeinde hat darum gebeten, dass Kooperationen zwischen dem Gymnasium Bersenbrück und den Oberschulen stattfinden sollen, um hier für alle Seiten eine vernünftige Lösung zu finden. Dr. Baier wird im Februar des nächsten Jahres Gespräche mit allen Schulen führen und auch mit der Landesschulbehörde, die vermitteln soll, damit ein konstruktiver Umgang miteinander gefördert wird. Die Samtgemeinde Bersenbrück wird alles versuchen, um hier vermittelnd einzutreten. Aus seiner Sicht ist die Schaffung eines solchen gymnasialen Zweiges in Ankum ein Schritt, der eine Chance verdient.

Ratsherr Hettwer erklärt, dass er derjenige sei, der aus der Gruppe CDU/FDP für den Antrag zur Schaffung eines gymnasialen Zweiges an der Oberschule in Ankum stimmen werde. Seiner Ansicht

nach seien die Elternbefragung, die im Vorfeld gelaufen sei, sowie die vorher erteilten Informationen bindend für den jetzt zu fassenden Beschluss. Ratsherr Hettwer betont, dass die Samtgemeinde vielleicht mit allen Schulen über anstehende Kooperationen und die Schaffung eines solchen gymnasialen Zweiges hätte sprechen müssen. Nunmehr sei es Aufgabe der Politik, eine Entscheidung für die Schaffung eines solchen gymnasialen Zweiges an der Oberschule in Ankum zu treffen.

Gruppenvorsitzender Krusche erklärt für die Gruppe SPD/BLA, dass der Oberschulstandort in Ankum gestärkt werden müsse. Seine Fraktion stehe voll hinter dieser Entscheidung und wird sie unterstützen.

Ratsherr Ewerding sowie Ratsherr Klütsch geben aus ihrer Sicht Stellungnahme zu diesem Thema ab. Ihrer Meinung nach hätten die Schulen bzw. auch die Politik eher auf diese anstehende Problematik eingehen sollen, sodass es möglicherweise nicht soweit gekommen wäre. Aus ihrer Sicht würde eine Verschiebung dieses Tagesordnungspunktes um ein Jahr Sinn ergeben, um über Kooperationen sprechen zu können.

Ratsherr Brummer-Bange als Bürgermeister der Standortgemeinde Ankum gibt nochmals einen kurzen Abriss über das Verfahren bis zur heutigen Entscheidung über den gymnasialen Zweig an der Oberschule in Ankum. Seiner Meinung nach sind im Vorfeld ausführlich mit allen Beteiligten Gespräche geführt worden. Jede Schule, jede Schülervertretung, sowie alle Eltern wurden in diesen Entscheidungsprozess einbezogen und hatten ausreichend Möglichkeiten, sich in dieses Verfahren einzubringen. Nunmehr ist heute für die Samtgemeinde Bersenbrück der Zeitpunkt gekommen, wo über diese Angelegenheit politisch entschieden werden muss. Er unterstützt den vorliegenden Antrag zur Schaffung des gymnasialen Zweiges an der Oberschule in Ankum.

Abschließend gibt Ratsfrau Middelschulte noch kurze Erläuterungen zum Verfahren. Sie führt aus, dass der eingeschlagene Weg genau der richtige ist. Die angeführte Kritik, das Pferd ist von hinten aufgezogen worden, ist definitiv nicht richtig. Durch die seit langen Jahren bestehende Eigenständigkeit der Schulen ist es Aufgabe der Schulen und der Schulgremien, hier entsprechende Regelungen im Vorfeld zu treffen, um sie dann mit dem jeweiligen Schulträger abzustimmen. Folglich ist die jetzt gewählte Form und Reihenfolge in der Beschlussfassung genau richtig.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bittet die Ratsvorsitzende, Frau Droste, über die vorliegenden Anträge abzustimmen.

Zuerst wird über den Antrag der Gruppe CDU/FDP abgestimmt, den Tagesordnungspunkt „Erweiterung der August-Benninghaus-Schule um ein gymnasiales Angebot um ein Jahr zu verschieben.“

Der Antrag der Gruppe CDU/FDP wird mit 14 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen abgelehnt.

Danach fasst der Samtgemeinderat mit 20 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen folgenden Beschluss: